

Auftraggeber: Donau-Iller-Nahverkehrsverbund-GmbH

Projekt: Einführung einer EAV-Software

Mantelvertrag über die Bereitstellung und den Betrieb einer Cloud-Gesamtlösung (ENTWURF)

Stand 29.05.2026

Mantelvertrag über die Bereitstellung und den Betrieb einer EAV-Software (ENTWURF)

zwischen

Donau-Iller-Nahverkehrsverbund-GmbH
Söflinger Straße 100
89077 Ulm

Vertragsnummer / Kennung: [wird ggf. nach Zuschlag ergänzt]

und

[wird nach Zuschlag ergänzt]

Vertragsnummer / Kennung: [wird ggf. nach Zuschlag ergänzt]

- im Folgenden „Auftragnehmer“ genannt -,

- Auftraggeber und Auftragnehmer kollektiv im Folgenden „Parteien“ genannt,

Präambel

Die Donau-Iller-Nahverkehrsverbund-GmbH (kurz: DING) ist ein Aufgabenträgerverbund mit den Gesellschaftern Stadt Ulm, Stadt Neu-Ulm, Alb-Donau-Kreis, Landkreis Biberach, Landkreis Neu-Ulm und Land Baden-Württemberg; der Freistaat Bayern hat eine beratende Funktion. Zu den Aufgaben von DING gehört es unter anderem, die Einnahmenaufteilung (EAV) durchzuführen. Das Einnahmenaufteilungsverfahren ist nachfrageorientiert und zeichnet sich durch ein hohes Maß an Vertriebsdatennutzung mit entsprechend großen Datenmengen aus.

Im Zuge der Weiterentwicklung der Verbundorganisation soll die für die Durchführung der Einnahmenaufteilung und insbesondere die Verarbeitung der umfangreichen Daten genutzte IT modernisiert und das bisherige, MS Access-basierte Verfahren durch eine standardisierte Software-as-a-service Lösung abgelöst werden.

Die Ziele sind:

- DING in die Lage zu versetzen, die EAV ohne Unterstützung Dritter durchzuführen
- Durch IT-gestützte Plausibilitäts- und Vollständigkeitsprüfung Verbesserung der Eingangsdatenqualität bei gleichzeitiger Beschleunigung der Verarbeitung zu erreichen
- Die Transparenz für die Verbundpartner durch selektiven Zugriff auf Erlösdaten zu erhöhen
- Supportmöglichkeit zu erhalten
- an Branchenentwicklungen zu partizipieren

Neben den oben genannten Gesellschaftern sind die im Verbund zusammengeschlossenen Verkehrsunternehmen als datenliefernde Partner in das Vorhaben einzubeziehen. Derzeit sind dies die folgenden baden-württembergischen bzw. bayerischen Verkehrsunternehmen; diese Auflistung ist perspektivisch nicht abschließend und kann sich verändern:

- agilis Eisenbahngesellschaft mbH & Co. KG
- Arverio Baden-Württemberg GmbH
- Arverio Bayern GmbH
- BBS Mittelschwaben KG
- Bottenschein Reisen GmbH & Co. KG
- Braunmiller Bustouristik
- DB Regio AG Region Baden-Württemberg
- DB Regio AG Region Bayern
- Diesch Bad Schussenried Inh. M & M Dienstleistungen GmbH
- Diesch GmbH
- Fromm Reisen OHG
- Gairing Omnibusverkehr GmbH & Co. KG

- H. Reinalter GmbH & Co. KG
- Klöpfer GmbH
- Omnibusverkehr Weidachstein GmbH & Co. KG
- Probst Bus GmbH & Co. KG
- Regionalbus Augsburg GmbH
- Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH
- Robert Bayer GmbH
- SAB Schwäbische Alb-Bahn GmbH
- Stadtwerke Biberach GmbH
- Süddeutsche Verkehrslinien GmbH & Co. KG
- SWEG Südwestdeutsche Landesverkehrs-GmbH
- SWEG Bus GmbH
- SWU Verkehr GmbH
- Walk Omnibus GmbH
- Walter Miller GmbH & Co. KG

1 Vertragsgegenstand

(1) Gegenstand dieses Mantelvertrages ist die Bereitstellung und der Betrieb einer **EAV-Software** in Form einer Software as a Service Lösung (**Cloud-Gesamtlösung**). Der Auftragnehmer übernimmt als **Managed Service Provider (MSP)** für den Auftraggeber die Bereitstellung und den Betrieb des der **Cloud-Gesamtlösung**. Die Leistung umfasst die hierfür erforderlichen **Managed Cloud Services (MCS)**, die den sicheren und ordnungsgemäßen Betrieb der Lösung ermöglichen.

Cloud-Gesamtlösung bezeichnet mithin die SaaS-Anwendung einschließlich sämtlicher **Managed Cloud Services (MCS)**, die für deren Bereitstellung und Betrieb erforderlich sind.

- a. **Managed Service Provider (MSP)**: Ein Managed Service Provider ist ein IT-Dienstleister, der für den Auftraggeber die Verantwortung für den Betrieb definierter IT-Leistungen übernimmt.
- b. **Software as a Service (SaaS)**: Software as a Service bezeichnet ein cloudbasiertes Bereitstellungsmodell, bei dem dem Auftraggeber Anwendungssoftware einschließlich der erforderlichen Betriebsumgebung zur Nutzung überlassen wird..
- c. **Managed Cloud Services (MCS)** bezeichnen Leistungen zur ganz oder teilweisen Verwaltung und Kontrolle von Cloud-Ressourcen und darauf betriebenen Anwendungen.

Zudem übernimmt der Auftragnehmer das **Projektmanagement** zur Einführung des angebotenen Systems beim Auftraggeber, inkl. der **initialen Konfiguration**, insb. unter Berücksichtigung der **Anlage 6 - Grundsätzliche Logik der EAV bei DING**.

(2) Die konkret zu erbringenden Leistungen sind insbesondere in **Anlage 2 – Leistungsverzeichnis** dieses Vertrages aufgeführt. Die Rahmenbedingungen der Leistungserbringung ergeben sich insbesondere auch aus der **Anlage 3 - Kriterienkatalog fuer Cloudleistungen**.

(3) Die Leistungen bilden eine sachliche und wirtschaftliche Einheit. Der Auftragnehmer hat die beauftragte Leistung im Wesentlichen selbst zu erbringen. Es wird klargestellt, dass der Auftragnehmer damit für die reibungslose Prozessdurchführung all seiner Nachunternehmer und ggf. deren Nachunternehmer sowie für die reibungslose Integration (technisch, vertraglich, prozessual) sämtlicher Dienste zu sorgen und zu haften hat. Dies betrifft insbesondere, jedoch nicht abschließend folgende Prozesse

- Incident & Problem Management
- Release & Patch Management
- Produktstrategie & Roadmap
- Anforderungsmanagement
- Projektsteuerung
- Sicherstellung eines gesamtheitlichen SLA
- Anpassungen, die durch den AG initiiert werden

(4) Die Betriebsbereitstellung der Cloud-Gesamtlösung ist zum 01.01.2028 vorgesehen. Die vollständige Betriebsbereitstellung hat spätestens bis zum 01.07.2028 zu erfolgen – dieser Termin ist vertragsstrafenrelevant.

(5) Soweit zur Erreichung der in der Leistungsbeschreibung definierten Funktionalität oder Gebrauchstauglichkeit Maßnahmen, Lieferungen oder Leistungen erforderlich sind, die im Verantwortungsbereich des Auftragnehmers liegen, aber in der Leistungsbeschreibung nicht ausdrücklich genannt sind, hat der Auftragnehmer diese ohne Mehrvergütung zu erbringen.

(6) Der Auftraggeber ist berechtigt, während der Vertragslaufzeit **Änderungen, Anpassungen und funktionale Erweiterungen der Cloud-Gesamtlösung** zu verlangen. Dies umfasst insbesondere, aber nicht abschließend:

- a. Änderungen und funktionale Erweiterungen der Software, einschließlich
 - i. individueller Programmierungen,
 - ii. Anpassungen von Schnittstellen,
 - iii. Konfigurationen von Systemeinstellungen,
 - iv. Erstellung benutzerdefinierter Auswertungen, Dokumentvorlagen und Berichte.
- b. Weiterentwicklung und Anpassung der gelieferten Softwareumfänge auf Basis von Change Requests.
- c. Spezifikation der Anpassungsbedarfe, einschließlich

- i. Definition der Bearbeitungsaufwände,
- ii. Festlegung von Umsetzungsterminen und Erledigungszeiträumen durch den Auftragnehmer.

(7) Die Bestandteile dieses Vertrages sind:

- a. dieser Vertragstext,
- b. Teil-Vertrag über Erbringung von Cloudleistungen ([wird nach Zuschlag ergänzt] Seiten)
- c. Teil-Vertrag über Dienstleistungen für das Projektmanagement und sonstige Personenleistungen ([wird nach Zuschlag ergänzt] Seiten)
- d. nachfolgende Anlagen, die sowohl Anlagen dieses Mantelvertrages, als auch Anlagen der Teil-Verträge zu lit. b und lit. c sind:

Anlagen Nr.	Bezeichnung	Datum / Version	Anzahl Seiten
1	Kontaktinformation	[wird nach Zuschlag ergänzt]	[wird nach Zuschlag ergänzt]
2	Leistungsbeschreibung	[wird nach Zuschlag ergänzt]	[wird nach Zuschlag ergänzt]
3	Kriterienkatalog fuer Cloudleistungen	[wird nach Zuschlag ergänzt]	[wird nach Zuschlag ergänzt]
4	Vertrag zur Auftragsverarbeitung gemäß Art. 28 DS-GVO	[wird nach Zuschlag ergänzt]	[wird nach Zuschlag ergänzt]
5	Preisblatt	[wird nach Zuschlag ergänzt]	[wird nach Zuschlag ergänzt]
6	Grundsätzliche Logik der EAV bei DING	[wird nach Zuschlag ergänzt]	[wird nach Zuschlag ergänzt]

(8) Teilleistungen die

- a. Cloudleistung, in Form der Bereitstellung einer Software as a Service Lösung zum Betrieb der **Cloud-Gesamtlösung** ihre Einbindung in die vorhandene Infrastruktur des Auftraggebers betreffen sowie diesbezügliche Leistungen bei Vergütung nach Aufwand folgen den Regelungen des Teil-Vertrag über die Erbringung von Cloudleistungen.
- b. die initiale Projektsteuerung, das Projektmanagement über die Vertragslaufzeit und sonstige Dienstleistungen betreffen, die nicht lit. a dieses Abs. (8) zugeordnet werden können, folgen den Regelungen des Teil-Vertrag über Dienstleistungen für das Projektmanagement und sonstige Personenleistungen.
- c. Die Aufteilung der Leistungen in Teilverträge gemäß diesem Vertrag dient ausschließlich der strukturellen und vergütungstechnischen Abbildung der einzelnen Leistungsbestandteile. Sie berührt weder die Gesamtverantwortung des Auftragnehmers für die vertragsgemäße Bereitstellung und Betriebsbereitschaft der **Cloud-Gesamtlösung** noch seine Pflicht zur funktionsfähigen und reibungslosen Integration sämtlicher Leistungen im Sinne dieses Vertrages.

(9) Im Falle von Widersprüchen gilt folgende Rangfolge:

- a. Dieser Vertragstext steht den Teilverträgen, als auch den Anlagen vor.
- b. Die Teilverträge stehen gleichrangig nebeneinander. Die Anlagen entfalten den gleichen Rang im Verhältnis zu den Teilverträgen, als wenn diese Anlagen des Teilvertrages wären.
- c. Die Anlagen gelten in Rangfolge der laufenden Nummern.

Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers sind ausgeschlossen, soweit nicht an nachrangiger Stelle ausdrücklich anderes vereinbart wird.

2 Vertragsbeginn, Laufzeit und Kündigung

2.1 Vertragsbeginn und Laufzeit

(1) Der Vertrag beginnt mit Zuschlag.

(2) Der jeweilige Leistungsbeginn, als auch die Mindestvertragsdauer der einzelnen Leistungen ergeben sich aus den Teilverträgen, soweit nicht in diesem Mantelvertrag abweichend geregelt.

2.2 Kündigung

(1) Dieser Mantelvertrag kann ordentlich nicht isoliert gekündigt werden. Der Vertrag erlischt mit Beendigung des letzten Teilvertrages.

(2) Das Recht der Parteien zur außerordentlichen Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund bleibt hiervon unberührt.

(3) Eine Kündigung aus wichtigem Grund bedarf der vorherigen Abmahnung oder einer angemessenen Fristsetzung durch den Auftraggeber, es sei denn, dies ist gemäß § 323 Abs. 2 Nummern 2 oder 2 BGB entbehrlich, oder es liegen besondere Umstände nach § 323 Abs. 2 Nummer 3 BGB vor, die unter Abwägung der beiderseitigen Interessen die sofortige Kündigung rechtfertigen.

(4) Für den Fall der schuldhaften und nicht nur unerheblichen Nichterfüllung der sich aus der **Nummer 19, der Anlage 3 - Kriterienkatalog fuer Cloudleistungen** genannten Vertragspflichten durch den Auftragnehmer oder durch einen von diesem oder einem Nachunternehmen eingesetzten Nachunternehmen hat der Auftraggeber das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund.

(5) Ein wichtiger Grund für den Auftraggeber liegt insbesondere auch in folgenden Fällen vor:

- Der Auftragnehmer verletzt schuldhaft und wiederholte Berichtspflichten und oder Nebenpflichten.
- Nach Vertragsschluss werden nachweisliche wettbewerbsbeschränkende Absprachen des Auftragnehmers bekannt.
- Der Auftragnehmer verletzt nachhaltig und oder in erheblichen Umfang Datenschutz- und Datensicherheitsvorschriften.

(6) Im Fall einer Kündigung oder sonstigen Beendigung des Vertrages

- a. sind nur die bis dahin vertragsgemäß erbrachten, nachgewiesenen und von dem Auftraggeber verwertbaren Leistungen einschließlich der für diese Leistungen nachweisbar entstandenen Nebenkosten zu vergüten oder zu erstatten. Die Abrechnung des tatsächlich bis zum Zugang der Kündigung gegebenen Leistungsstandes erfolgt auf der Grundlage der von dem Auftragnehmer vorgelegten Unterlagen und Dokumentationen.
- b. hat der Auftragnehmer seine Leistungen so abzuschließen, dass der Auftraggeber die Leistungen ohne Schwierigkeiten übernehmen und die Weiterführung derselben durch einen Dritten veranlassen kann.
- c. hat der Auftragnehmer unverzüglich und unaufgefordert sämtliche vom Auftraggeber erhaltenen Unterlagen, Hilfsmittel, Materialien oder Gegenstände herauszugeben, die ihm zum Zwecke der Vertragsausführung bestimmungsgemäß nicht dauerhaft überlassen wurden. Dies gilt auch für alle Kopien. Des Weiteren sind alle Leistungsergebnisse in jeder Form an den Auftraggeber zu übergeben.

Der Auftraggeber ist berechtigt, an Stelle der Herausgabe ganz oder teilweise die sichere Löschung oder Vernichtung zu verlangen. Diese ist dem Auftraggeber auf Verlangen und nach seiner Wahl durch entsprechende Erklärung oder anderweitig nachzuweisen. Gesetzliche Aufbewahrungspflichten bleiben unberührt.

3 Vergütung und Rechnungsstellung

(1) Die Höhe der Vergütung ergibt sich aus der **Anlage 5 - Preisblatt**. Für alle in diesem Vertrag genannten Beträge gilt einheitlich der Euro als Währung. Die vereinbarten Vergütungen verstehen sich zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer, soweit Umsatzsteuerpflicht besteht.

(2) Rechnungen sind ausschließlich zu stellen an:

Donau-Iller-Nahverkehrsverbund-GmbH
Söflinger Straße 100
89077 Ulm

(3) Rechnungen sind per E-Mail an rechnung@ding.eu, nachträglich bis zum 15. des Monats nach dem ablaufenden Quartal zu stellen.

(4) Soweit Dienstleistungen abgerechnet werden sollen:

- a. Rechnungen müssen insbesondere einen dazugehörigen ordnungs- und wahrheitsgemäß ausgefüllten Tätigkeitsnachweis der Einzelbeauftragung enthalten. Mindestangaben sind: Leistungsmonat, Auflistung und Beschreibung der Leistung, Menge / Anzahl der aufgewendeten Personentage, Einpreise netto, Summe bzw. Zwischensumme, Gesamtpreis netto. Die Beschreibung der Leistung hat dabei so ausführlich zu erfolgen, dass der Auftraggeber die hierfür aufgewendete Zeit nachvollziehen kann. Der Tätigkeitsnachweis kann auch in Textform oder in einem üblichen Dateiformat erstellt werden, muss jedoch die zur Abrechnung und Zuordnung wesentlichen Informationen, orientiert am Muster 1 zum EVB-IT Dienstleistungs-Leistungsnachweis, aufweisen.
- b. Je Kalendertag wird pro Person nicht mehr als ein Tagessatz vergütet. Der Tagessatz ist dabei der Einzelpreis eines Personentages. Ein vereinbarter Tagessatz kann nur dann in Rechnung gestellt werden, wenn mindestens acht (8) Zeitstunden unter Berücksichtigung des Arbeitszeitgesetzes (ArbZG) geleistet wurden. Werden weniger als acht (8) Zeitstunden pro Tag geleistet, sind diese anteilig in Rechnung zu stellen. Bei entsprechendem Nachweis für einen erhöhten Personentag können bis zu zehn (10) Stunden unter Berücksichtigung des ArbZG geleistet und abgerechnet werden unter entsprechender verhältnismäßiger Anpassung des Tagessatzes.

(5) Leistungen bis zur initialen Herstellung der Betriebsbereitschaft des Gesamtsystems stellt der Auftragnehmer nach Betriebsbereitschaft in Rechnung.

(6) Soweit an anderer Stelle nicht abweichend geregelt, findet eine Anpassung der Vergütung (Preisanpassung) über die Laufzeit des Vertrages statt. Die Einzelheiten werden in den einschlägigen Teilverträgen geregelt. Dabei gilt: Eine Erhöhung der Vergütung kann erstmalig 12 Monate nach Betriebsbereitschaft der Cloud-Gesamtlösung (siehe Nr. 8 dieses Vertrages) angekündigt werden.

(7) Leistungen bis zur initialen Herstellung der Betriebsbereitschaft des **Cloud-Gesamtlösung** stellt der Auftragnehmer nach Abnahme in Rechnung.

4 Mitwirkungspflichten

Der Auftraggeber verpflichtet sich, den Auftragnehmer bei der Erfüllung der vertraglich geschuldeten Leistung in angemessenem Umfang zu unterstützen. Dazu gehört insbesondere die rechtzeitige Zurverfügungstellung von Informationen und Datenmaterial, soweit die Mitwirkung des Auftraggebers erforderlich und die Erarbeitung nicht Bestandteil des Auftrages ist. Der Auftraggeber wird Genehmigungen rechtzeitig erteilen und somit die Bearbeitung des Auftragnehmers nicht beeinträchtigen.

5 Datenwirtschaft, Rechte an den entstandenen / entstehenden Daten

5.1 Datenhoheit

(1) Sämtliche Rechte an den der **Cloud-Lösung** zur Verfügung gestellten Daten verbleiben beim Auftraggeber. Dies gilt gleichermaßen für etwaige durch die Plattform aufbereiteten, verschnittenen und ggf. visualisierten Daten.

(2) Der Auftragnehmer erhält an den Auftraggeberdaten lediglich ein einfaches, nicht ausschließliches, nicht übertragbares, auf die Vertragslaufzeit beschränktes Recht zur Nutzung, soweit dies zur vertragsgemäßen Leistungserbringung zwingend erforderlich ist.

(3) Eine Nutzung der Auftraggeberdaten zu eigenen Zwecken, insbesondere zu Analyse-, Produktverbesserungs- oder kommerziellen Zwecken, ist ausgeschlossen, sofern sie nicht ausdrücklich und gesondert vereinbart wird.

5.2 Datenzugang und -bereitstellung während der Vertragslaufzeit

(1) Der Auftragnehmer stellt sicher, dass der Auftraggeber jederzeit während der Vertragslaufzeit uneingeschränkter Zugriff auf seine Auftraggeberdaten hat.

(2) Die Daten sind in einem strukturierten, gängigen, maschinenlesbaren und interoperablen Format bereitzustellen.

(3) Technische, wirtschaftliche oder vertragliche Maßnahmen, die den Wechsel zu einem anderen Anbieter unangemessen erschweren („Vendor-Lock-in“), sind unzulässig.

5.3 Pflichten im Zusammenhang mit dem Vertragsende

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sämtliche Auftraggeberdaten einschließlich Metadaten, Konfigurationen, Protokolldaten, Dokumentationen und sonstiger für den Weiterbetrieb erforderlicher Informationen vollständig bereitzustellen.

5.4 Exit-Strategie

(1) Der Auftragnehmer erstellt spätestens drei Monate nach Vertragsbeginn eine detaillierte Exit-Strategie.

(2) Die Exit-Strategie ist während der Vertragslaufzeit fortzuschreiben.

(3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet Exit-Tests gemäß **Anlage 3 - Kriterienkatalog fuer Cloudleistungen** durchzuführen.

5.5 Weitergehende Rechte

Sofern nachfolgend nicht abweichend geregelt, gelten diesbezüglich die Rechte im Sinne der Zif. 14.3 der EVB-IT Cloud-AGB.

6 Mitteilungspflichten des Auftragnehmers

(1) Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber unverzüglich mitteilen, wenn eine Vorgabe oder Forderung des Auftraggebers oder eine sich aus den vertraglichen Pflichten des Auftragnehmers ergebende Handlung in wesentlichem Umfang fehlerhaft, unvollständig, widersprüchlich oder nicht wie vereinbart ausführbar ist bzw. eine für den Auftraggeber wirtschaftlichere Lösung besteht. Sofern mit zumutbarem Aufwand möglich, hat er dem Auftraggeber gleichzeitig die ihm erkennbaren Folgen mitzuteilen. Er haftet für die Nichterfüllung dieser Pflichten aber dann nicht, wenn er diese Umstände anlässlich der Erbringung seiner Leistungen nicht hätte erkennen müssen. Der Auftragnehmer ist nicht verpflichtet, Untersuchungen und Prüfungen vorzunehmen, die nicht für die Erbringung der Leistungen erforderlich sind. Im Übrigen bleiben die Pflichten des Auftragnehmers aus § 241 Abs. 2 BGB unberührt.

(2) Sobald dem Auftragnehmer erkennbar ist, dass er die vereinbarten Termine oder Ausführungsfristen nicht einhalten kann, wird er dies dem Auftraggeber unverzüglich mitteilen.

(3) Die vereinbarten Mitwirkungsleistungen des Auftraggebers müssen vom Auftragnehmer rechtzeitig angefordert werden.

(4) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich schriftlich zu informieren, wenn Umstände eintreten oder erkennbar werden, die geeignet sind, die ordnungsgemäße Erbringung der **Cloud-Gesamtlösung** zu gefährden. Dies gilt insbesondere für:

- a. drohende oder eingetretene wesentliche wirtschaftliche Schwierigkeiten des Auftragnehmers,
- b. das Vorliegen von Insolvenzgründen oder die Stellung eines Insolvenzantrags,
- c. erhebliche Störungen oder Gefährdungen in der Leistungserbringung durch eingesetzte Subunternehmer oder Cloud-Infrastruktur-Anbieter,
- d. sonstige Umstände, die die Verfügbarkeit, Sicherheit oder Funktionsfähigkeit der Cloud-Gesamtlösung wesentlich beeinträchtigen können.

Der Auftragnehmer hat in diesem Fall zugleich geeignete Maßnahmen darzustellen, mit denen die Fortführung der Leistungserbringung sichergestellt werden soll.

7 Pflichten nach Vertragsende

(1) Mit Vertragsende hat der Auftragnehmer unverzüglich und unaufgefordert sämtliche vom Auftraggeber erhaltenen Unterlagen, Hilfsmittel, Materialien oder Gegenstände herauszugeben,

die ihm zum Zwecke der Vertragsausführung bestimmungsgemäß nicht dauerhaft überlassen wurden. Dies gilt auch für alle Kopien. Des Weiteren sind alle Leistungsergebnisse in jeder Form an den Auftraggeber zu übergeben; soweit die Einräumung ausschließlicher Rechte vereinbart ist, gilt dies inklusive der erstellten Kopien.

(2) Der Auftraggeber ist berechtigt, an Stelle der Herausgabe ganz oder teilweise die sichere Löschung oder Vernichtung zu verlangen. Diese ist dem Auftraggeber auf Verlangen und nach seiner Wahl durch entsprechende Erklärung oder anderweitig nachzuweisen. Gesetzliche Aufbewahrungspflichten bleiben unberührt.

8 Abnahme und Betriebsbereitschaft der Cloud-Gesamtlösung

(1) Der Auftragnehmer hat die **Betriebsbereitschaft** der **Cloud-Gesamtlösung** zum vereinbarten Termin zu erklären und die **Cloud-Gesamtlösung** zur Funktionsprüfung zur Verfügung zu stellen.

(2) Zuvor ist der Auftragnehmer verpflichtet umfassende Tests zur Validierung der Systemfunktionen und -leistung, einschließlich Lasttests, Sicherheitstests und Funktionstests durchzuführen, die Ergebnisse zu protokollieren und dem Auftraggeber zur Verfügung zu stellen. Soweit zwischen den Parteien kein Termin vereinbart wird, hat die Betriebsbereitschaftserklärung so rechtzeitig vor dem vereinbarten Betriebsbeginn (Vertragserfüllungstermin) zu erfolgen, dass dem Auftraggeber mindestens die vereinbarte Funktionsprüfungszeit vor dem Betriebsbeginn zur Verfügung steht.

(3) Die Erklärung der Betriebsbereitschaft setzt voraus, dass der Auftragnehmer die **Cloud-Gesamtlösung** vertragsgemäß hergestellt hat (die Leistung also störungsfrei funktioniert) und die zur Durchführung der Funktionsprüfung vereinbarten **Schulungen** durchgeführt wurden. Abweichend davon kann der Auftragnehmer die Betriebsbereitschaft auch ohne vorherige Schulung erklären, sofern der Auftraggeber dem Auftragnehmer trotz Aufforderung nicht ausreichend Gelegenheit dazu gegeben hat.

(4) Die Funktionsprüfung erfolgt nach der **Erklärung der Betriebsbereitschaft** in der vertraglich vereinbarten Systemumgebung, soweit nichts anderes vereinbart ist. In der Funktionsprüfung werden die **Cloud-Gesamtlösung** oder die Teilleistungen auf Mangelfreiheit überprüft. Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber bei der Vorbereitung und Durchführung der Funktionsprüfung in angemessenem Umfang unterstützen. Die detaillierten Modalitäten werden zwischen den Parteien vereinbart.

(5) Die Erklärung der Betriebsbereitschaft von Teilleistungen darf nur erfolgen, wenn dies ausdrücklich vereinbart sind; in diesem Fall erfolgt die Erklärung der Betriebsbereitschaft für die vereinbarten einzelnen Teile des **Cloud-Gesamtlösung**.

(6) Der Auftragnehmer protokolliert die Betriebsbereitschaft und stellt das Protokoll dem Auftraggeber unverzüglich zur Verfügung.

9 Verzug / Reaktionszeiten / Vertragsstrafen

(1) Der Termin- und Leistungsplan ist im Vertrag festgelegt oder wird nach Vertragsschluss zwischen den Parteien abgestimmt. Soweit nicht anders vereinbart, sind solche Termine verbindlich einzuhalten. Bei Verzögerungen, die der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat,

verschieben sich die von der Verzögerung betroffenen Ausführungsfristen angemessen; die gesetzlichen Ansprüche der Parteien bleiben hiervon unberührt.

(2) Der Auftraggeber kann im Fall des Verzuges den Verzögerungsschaden verlangen. Ferner kann der Auftraggeber den Vertrag ganz oder teilweise entsprechend den gesetzlichen Vorschriften, d.h. bei einer Teilkündigung nur bezogen auf die in Verzug befindliche Leistung, kündigen, wenn er dem Auftragnehmer erfolglos eine angemessene Frist zur Leistung gesetzt hat. Der Auftragnehmer ist in diesem Fall dem Auftraggeber zum Ersatz des durch die Kündigung des Vertrages entstehenden Schadens verpflichtet. Anstelle des durch die Kündigung entstehenden Schadens, kann der Auftraggeber Ersatz vergeblicher Aufwendungen im Sinne von § 284 BGB verlangen. Die Fristsetzung ist in den gesetzlich genannten Fällen gem. §§ 281 Abs. 2, 323 Abs. 2 BGB entbehrlich. Nr. 2.2 gilt entsprechend.

(3) Des Weiteren ist der Auftraggeber für den Fall der Überschreitung eines im Vertrag als vertragsstrafenrelevant vereinbarten Termins berechtigt, für jeden Werktag, an dem sich der Auftragnehmer mit der Einhaltung des Termins in Verzug befindet, eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,2% des Netto-Auftragswertes für die in Verzug befindliche Leistung zu verlangen.

(4) Insgesamt darf die Summe der aufgrund dieser Regelung zu zahlenden Vertragsstrafen jedoch nicht mehr als 5% des Netto-Auftragswertes betragen.

(5) § 341 Abs. 3 BGB findet mit der Maßgabe Anwendung, dass die Strafe bis zum Ablauf von zwölf Monaten seit ihrer Verwirkung geltend gemacht werden kann.

(6) Geleistete Vertragsstrafenzahlungen werden auf geltend gemachte Schadensersatzansprüche angerechnet, wenn und soweit sowohl die Vertragsstrafenzahlung als auch der geltend gemachte Schadensersatzanspruch auf derselben Ursache beruhen.

10 Haftung

10.1 Haftungsregelungen

(1) Die Vertragsparteien haften einander nach den gesetzlichen Bestimmungen, soweit in diesem Vertrag keine anderweitigen Regelungen getroffen sind.

(2) Bei Verlust von Daten haftet der Auftragnehmer nur für denjenigen Aufwand, der bei ordnungsgemäßer und regelmäßiger Datensicherung durch den Auftraggeber für die Wiederherstellung der Daten erforderlich gewesen wäre.

(3) Die vereinbarten Haftungsbeschränkungen des Auftragnehmers gelten nicht im Fall von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten. Weder durch diesen Vertrag noch durch eine AV werden etwaige gesetzliche Rückgriffsansprüche des Verantwortlichen (insbesondere solche gem. Art. 82 Abs. 5 DS-GVO) begrenzt, wobei der Auftragsverarbeiter dabei auch für die Verantwortungsanteile seiner Subunternehmer von dem Verantwortlichen in Anspruch genommen werden kann.

(4) Die Haftungsbeschränkungen gelten nicht für Ansprüche wegen Vorsatz und grober Fahrlässigkeit, bei der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, bei Arglist, soweit das Produkthaftungsgesetz zur Anwendung kommt, sowie bei Garantieverprechen.

10.2 Haftpflichtversicherung

Der Auftragnehmer ist verpflichtet für die Dauer des Vertrages einen Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung i.H.v. mindestens 1,5 Mio. EUR für Personenschäden, 1,0 Mio. EUR für sonstige Schäden je Schadensereignis, die durch ihn oder seinen Erfüllungsgehilfen entstehen, abzuschließen.

11 Datenschutz und Informationssicherheit, Vertraulichkeit

(1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet seine Leistungen so zu erbringen, dass sie dem aktuellen Stand der Technik und der Informationssicherheit entspricht und die aktuellen Bestimmungen zum Datenschutz eingehalten werden.

(2) Der Auftragnehmer und seine Mitarbeiter halten während der gesamten Vertragslaufzeit und auch darüber hinaus die Vorgaben des Vertrages zur Informationssicherheit und Datenschutz ein.

(3) Der Auftragnehmer hat die Einhaltung der Anforderung nach diesem Vertrag und den Anlagen entsprechend auch bei Einsatz eines Unterauftragnehmers und dessen Mitarbeitern sicherzustellen.

(4) Soweit der Auftragnehmer als Auftragsverarbeiter gemäß Art. 28 DS-GVO personenbezogene Daten im Auftrag im Sinne des Art. 28 Abs. 3 DS-GVO („Auftragsverarbeitung“) verarbeitet, verpflichten sich die Parteien, soweit gesetzlich erforderlich oder in der Sache notwendig, eine „Vereinbarung über die Datenverarbeitung im Auftrag“ („AVV“) gemäß Art. 28 Abs. 3 DS-GVO abzuschließen. Eine Mustervereinbarung ist diesem Vertrag als **Anlage 4** beigelegt. **Das beigelegte Muster** wird im Austausch an die tatsächliche Auftragsverarbeitung angepasst, eine Abänderung der inhaltlichen Regelungen, ist damit nicht verbunden.

(5) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur unbedingten Verschwiegenheit und Geheimhaltung aller Vorgänge, welche im Zusammenhang mit der Bearbeitung der Leistung unmittelbar zu seiner Kenntnis gelangen sowie über Inhalte zu internen Geschäftsprozessen des Auftraggebers.

(6) Der Auftragnehmer hat alle ihm im Rahmen der Vertragsdurchführung bekannt gewordenen internen Unterlagen (Schriftstücke und Datenträger) der Auftraggeberin und Dritter vertraulich zu behandeln und – soweit sie sich in seinem Besitz befinden – nach Vertragsdurchführung an den Auftraggeber herauszugeben. Ein Zurückbehaltungsrecht steht dem Auftragnehmer nicht zu.

(7) Der Auftragnehmer hat alle im Rahmen der Vertragsdurchführung erstellten Unterlagen und Ergebnisse vertraulich zu behandeln. Eine Weitergabe an Dritte ist nur in Absprache mit dem Auftraggeber gestattet. Soweit Erfüllungsgehilfen oder sonstige Dritte von dem Auftragnehmer vertragsgemäß solche Unterlagen zugänglich gemacht werden, hat er auch diese zur vertraulichen Behandlung derselben zu verpflichten.

(8) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Einhaltung der Vorgaben an diese Nr. 11 dem Auftraggeber nachzuweisen.

12 Schlussbestimmungen

(1) Mündliche Nebenabreden bestehen nicht. Dieser Vertrag und seine Änderungen sowie alle für diesen Vertrag relevanten Erklärungen, Mitteilungen und Dokumentationen bedürfen der Schriftform, soweit nicht eine andere Form vereinbart oder die Textform vorgesehen ist.

(2) Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG).

(3) Gerichtsstand ist Ulm.

(4) Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrages ganz oder teilweise unwirksam sein, wird hierdurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich für diesen Fall, die unwirksame Regelung durch solche Regelungen zu ersetzen, die den unwirksamen Bestimmungen soweit wie möglich entsprechen. Entsprechendes gilt für etwaige Lücken der Leistungsvereinbarung.

_____, den _____, _____, den _____

Ort

Datum

Ort

Datum

Unterschrift Auftraggeber
(Name in Druckbuchstaben)

Unterschrift Auftragnehmer
(Name in Druckbuchstaben)

Unterschrift Auftraggeber
(Name in Druckbuchstaben)

Unterschrift Auftragnehmer
(Name in Druckbuchstaben)